

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

Wien, am 26. Jänner 1994
GZ: 10.101/301-Pr/10a/94

XIX. GP-NR

99/AB

1995-01-30

zu

64/13

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 64/J betreffend Atomstromschiene Mochovce, welche die Abgeordneten Rudi Anschober, Freunde und Freundinnen am 30. November 1994 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Ist es richtig, daß bereits ein Vorvertrag des Verbundkonzerns mit der slowakischen Betreiberseite in Sachen dieser Stromschiene besteht?

Antwort:

Bei einem Gipfeltreffen zwischen Bundeskanzler Dr. Vranitzky und Ministerpräsident Dr. Calfa im Jahre 1991 wurde im Rahmen eines

Republik ÖsterreichDr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 2 -

umfassenden energie-, finanz- und industriepolitischen Maßnahmenpakets unter anderem als befristete Überbrückungsmaßnahme die Bereitstellung von Ersatzenergie für durch Außerbetriebnahme von Atomkraftwerken oder von Teilen davon entfallende Leistung angeboten (festgehalten ist diese österreichische Linie im Ministerratsvortrag Tagesordnungspunkt 25 des 5. Ministerrates 1991). Ende 1993 wurde ein Errichtungsvertrag für eine 380 kV-Leitungsverbindung von Österreich zum Umspannwerk Stupava in der Slowakei mit dem Ziel abgeschlossen, diese Energielieferung auch technisch durchführen zu können. Mit dem Verbundnetz der Slowensky Energeticky (SEP) bestehen nämlich keine direkten Leitungsverbindungen.

Punkte 2, 4, 5 und 7 der Anfrage:

Wenn ja, wie lautet die konkrete Streckenführung und welche Investitionssummen sind von jeder der beiden Betreiberseiten geplant?

In welchem Genehmigungsstadium befindet sich das Leitungsprojekt?

Wurde das Einvernehmen mit den betroffenen Landesregierungen hergestellt?

Welcher Zeitplan existiert für die Umsetzung? Wann soll der Baubeginn erfolgen, wann die Fertigstellung? Existieren bezüglich des Zeitplans Vorgaben und Wünsche der slowakischen Seite?

Antwort:

Die 380 kV-Leitung sollte Wien Süd-Ost und Bratislava verbinden, die Investitionskosten wären nach Auskunft der Verbundgesellschaft bei rd. 600 Millionen Schilling gelegen. Das Vorprüfungsverfahren wurde von der dafür zuständigen Niederösterreichischen Landesregierung durchgeführt. Weitere Schritte sind nicht bekannt.

Republik ÖsterreichDr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 3 -

Punkt 3 der Anfrage:

Wie beurteilt der Wirtschaftsminister die Auswirkungen des Projekts, insbesondere auf die Frage des Weiterbaues von Mochovce? Ist sich der Wirtschaftsminister bewußt, daß die österreichische Bevölkerung für eine Umsetzung des Projektes und der damit verbundenen Ermöglichung der Finanzierung Mochovces absolut kein Verständnis haben würde und sich damit der Wirtschaftsminister eindeutig gegen die Anti-Atomlinie der Bundesregierung stellen würde?

Antwort:

Würde ein solches Projekt beantragt, dann wäre hiefür die Zuständigkeit des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung gegeben. Auf Grund der bisher eingenommenen negativen Haltung der Regierung der Slowakei zum Thema Ausstieg aus der Atomkraft ist eine Verfolgung eines solchen Projektes nicht empfehlenswert.

Es besteht somit kein Widerspruch zwischen dem Ausbau des 380 kV-Leitungsnetzes und der Anti-Atomlinie der Bundesregierung.

Punkt 6 der Anfrage:

Bezieht sich die o.a. Formulierung im Koalitionsabkommen auf das angeführte Projekt?

Antwort:

Im Koalitionsübereinkommen der Bundesregierung findet sich keine Aussage über die Fertigstellung einer 380 kV-Leitung Richtung

Republik ÖsterreichDr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 4 -

Slowakei, wohl aber über die dezidierte Anti-Atom-Haltung der Bundesregierung (Zitat: "Die österreichische Energiepolitik hält an der Ablehnung der Kernenergienutzung fest"). Die Aussage im Koalitionsübereinkommen der Bundesregierung zur 380 kV-Leitung bezieht sich ausschließlich auf das innerösterreichische Netz. Die Fertigstellung des 380 kV-Leitungsnetzes dient der innerösterreichischen Versorgungssicherheit und der Effizienz bei der Verteilung von Energie und ist daher energiepolitisch notwendig.

